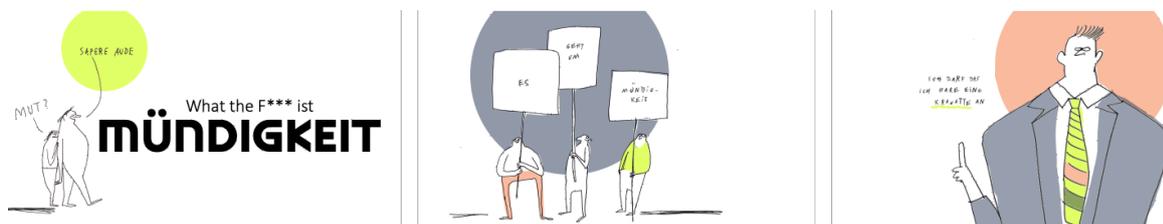


WHAT THE F*** IST MÜNDIGKEIT?

Manuskript zu einer digitalen Lecture der John-Dewey-Abendschule von Prof. Dr. Anja Besand
(Lektorat: Ann-Christin Belling)

In der politischen Bildung geht es um Mündigkeit. So viel ist klar und im Gegensatz zu fast allen anderen Begriffen gibt es um diese Aussage – in einer zum Streit neigenden Fachdiskussion – auch so gut wie keinen Dissens. Aber was um Gottes Willen ist eigentlich Mündigkeit?



Als Rechtsbegriff bezieht sich Mündigkeit auf die Geschäfts- und Delikt-/oder Schuldfähigkeit und ist mit dem Erreichen eines bestimmten Alters verbunden: der Volljährigkeit. Ab diesem Zeitpunkt dürfen Bürger:innen zumeist auch erst wählen. Philosophisch wird mit Mündigkeit seit der Philosophie der Aufklärung ein inneres und äußeres Vermögen zur Selbstbestimmung und Eigenverantwortung verbunden. Mündigkeit ist ein Zustand der Unabhängigkeit und der Fähigkeit für sich selbst sprechen zu können. So weit, so klar. Aber was hat das mit politischer Bildung zu tun? Und wie lässt sich Mündigkeit fördern? Genau hier fängt es an kompliziert zu werden. Denn hinter der Konsensformel Mündigkeit verbergen sich in letzter Konsequenz ziemlich unterschiedliche Vorstellungen davon, was Selbstbestimmung heißt und wie man zu ihr gelangt. Möglicherweise hat es der Begriff der Mündigkeit nur deshalb geschafft als breite Konsensformel in der politischen Bildung zu werden, weil er gleichzeitig so unscharf ist. Okay, aber versuchen wir den Zusammenhang mal ein bisschen aufzuhellen.

Wie sich Mündigkeit beschreiben lässt

Der Psychologe und Erziehungswissenschaftler Heinrich Roth interpretiert Mündigkeit dreidimensional als Selbstkompetenz, Sachkompetenz und Sozialkompetenz (vgl. Sander 2014b, 113–114).



Eine in der Politikdidaktik gängige und weit verbreitete Formel für Mündigkeit wurde im Kompetenzmodell der GPJE (der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung) gefasst. Ein langer, komplizierter Name – ich weiß – aber falls Sie von der GPJE noch nie gehört haben, sollten Sie sich diesen Namen vielleicht einmal merken. Okay, also dieses Kompetenzmodell der GPJE besteht ebenfalls aus drei Bausteinen. Demnach setzt sich Mündigkeit aus politischer Urteilsfähigkeit, politischer Handlungsfähigkeit und bestimmten methodischen Fähigkeiten zusammen. Urteilsfähigkeit heißt dabei, dass die Lernenden politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sachaspekten und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen können.

Handlungsfähigkeit bedeutet eigene Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren zu können, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen zu können.

Und methodische Fähigkeiten – das ist hier ja sicherlich der schwammigste und am wenigsten plastische Begriff – heißt, dass die Lernenden unterstützt werden, sich selbstständig immer wieder neu zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren zu können.

POLITISCHE URTEILSFÄHIGKEIT

Politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sachaspekten und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen können

POLITISCHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Eigene Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen können

METHODISCHE FÄHIGKEITEN

Sich selbstständig immer wieder neu zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können



Okay, das ist doch schon mal ein bisschen was – damit kann man sicher arbeiten. Aber es ist Vorsicht geboten. Denn auch hinter diesen Begriffen lauern Untiefen und Missverständnisse. So nutzen nicht wenige den Begriff der Urteilsfähigkeit in Bildungsprozessen, um einen eher materiellen, auf Wissens- und Stoffvermittlung gerichteten Bildungsprozess zu legitimieren. Die Begründung ist dann, man müsste schließlich all das wissen, um letztendlich in der Summe dieses Wissens urteilsfähig zu werden. Wir in der John-Dewey-Forschungsstelle halten diese Vorstellung für falsch. Urteilsfähigkeit ergibt sich nicht durch die Anhäufung und Ordnung von lauter einzelnen Wissensbausteinen. Und so war der Begriff in diesem Modell auch nicht gedacht – im Gegenteil. Das Kompetenzmodell der GPJE wurde entwickelt, um einem materiellen Bildungsverständnis zu entgehen und der Stoffhuberei etwas entgegenzusetzen. Lernende werden hier nicht als leere Gefäße verstanden, in die man nur das richtige Wissen hineinstopfen muss, damit sie mündig werden, sondern sie werden immer schon als mündig gedacht. Sie brauchen auch keine politische Bildung, um politisch urteilen zu können, sondern sie urteilen von Anfang an. Diese Urteile können grob und vielleicht sogar unangemessen sein. Aber politisch urteilen tun Menschen von einem recht jungen Alter an. Es geht also nicht um das Vermögen zu urteilen, sondern um die Qualität der Urteile und den Mut und die Fähigkeit, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Die Aufgabe politischer Bildung ist es Hilfestellung zu geben, diesen Mut zu entwickeln. Das politische Urteilen zu üben und dabei gleichzeitig die Qualität von politischen Urteilen zu unterstützen. Indem zum Beispiel mehr Perspektiven in die eigenen Überlegungen einbezogen werden können oder die Fähigkeit entwickelt wird, politische Forderungen in ihren verallgemeinerbaren Konsequenzen zu überblicken.

Sie mögen jetzt einwenden, dass das alles doch eine ziemlich schulbezogene Diskussion ist – und dass das Problem der Wissenslast außerschulisch eh keine Rolle spielt. Und Sie haben Recht – einerseits. Dieses Modell ist mit Blick auf die Schule entwickelt worden, aber es macht

auch außerhalb der Schule Sinn und auch außerhalb der Schule finden sich nicht wenige Akteur:innen, die im Kontext von Angeboten zur politischen Bildung weit überwiegend auf die Vermittlung von Wissen setzen. In Abendveranstaltungen und Vorträgen, in Workshops und schulischen Kooperationen. Deshalb lassen Sie es sich gesagt sein: Mündigkeit ergibt sich nicht beim Auswendiglernen.

Erlauben Sie mir noch einen weiteren Blick auf das Kompetenzmodell. Denn auch hinter dem Begriff der politischen Handlungsfähigkeit verstecken sich nicht unerhebliche Debatten. Hier steht nämlich *Handlungsfähigkeit* – nicht Handlungsbereitschaft. Das wäre ja die Alternative gewesen. Wenn wir die Bildungsperspektive Mündigkeit aber ernst nehmen, dann müssen wir es den Bildungsteilnehmer:innen selbst überlassen, ob sie handeln wollen oder nicht. Das ist im Rahmen politischer Bildung manchmal ein schmerzhafter Gedanke, denn Demokratie lebt von Beteiligung. Aber eine Bereitschaft zur politischen Teilhabe von Beginn an und für jeden Fall festzuschreiben, kann eine Entmündigung der Subjekte darstellen.

So, spätestens hier sind wir wirklich bei den Paradoxien des Begriffs Mündigkeit angekommen. Denn Mündigkeit durch Pädagogisierung erreichen zu wollen, ist an sich ein ziemlich widersprüchliches Unterfangen. Das deutet sich jetzt bereits an.

Denn Bildungsprozesse versetzt die Subjekte in der Regel zunächst einmal in einen organisierten Modus von Unterweisung und möglicherweise sogar Abhängigkeit, damit sie demnächst mündig werden. Das klingt schon schräg, wenn ich es hier sage. Außerschulisch ist das noch nicht einmal ein so großes Problem, aber innerschulisch oder in schulischen Kooperationen ist Mündigkeit als Praxis nicht selbstverständlich. Das hat verschiedene Gründe: Zum einen sehen sich sowohl Lernende wie Lehrende hier mit einer Vielzahl von Entscheidungen Dritter konfrontiert, die sie nur schwer beeinflussen können und denen in letzter Konsequenz Folge zu leisten ist. Zum Zweiten verfügen Lehrende in solchen Settings nicht selten über Zwangsmittel und üben damit eine nicht unerhebliche Herrschaft über Lernende aus. Sie bestimmen, wann Bildungsprozesse beginnen und enden, sie setzen Pausen, sie haben über die gesamte Struktur bereits entschieden. Die Autorengruppe Fachdidaktik hat deshalb sechs Paradoxien in der Auseinandersetzung von Mündigkeit ausgemacht. Das sind:



Erstens: Das Problem, dass der Begriff Mündigkeit lediglich eine Konsensformel darstellt, hinter der sich ganz unterschiedliche Vorstellungen verbergen, ohne dass diese klar expliziert werden – wir haben das schon angesprochen. Dazu kommt zweitens und in großer Nähe dazu die Positionsgebundenheit. Mündigkeit ist nicht neutral – je nach Standpunkt, Menschenbild und Rationalitätsbegriff kann es unter dieser Überschrift um völlig gegensätzliche Dinge gehen. Auch den dritten Punkt haben wir schon angesprochen – die Autorengruppe nennt ihn Herrschaft und unterstreicht, dass Bildungsprozesse von Machtstrukturen durchzogen sind und unter diesen Bedingungen Mündigkeit keine gängige Praxis ist. Dazu passt der Punkt der Widersprüchlichkeit, die sich bei der Vermittlung von Mündigkeit in pädagogischen Konstellationen ergibt und führt uns schließlich zur Kontroversität – womit die Autorengruppe darauf verweist, dass es keineswegs klar, sondern ziemlich strittig ist, wie Mündigkeit als Ziel von Bildungsprozessen zu erreichen wäre. Der letzte Aspekt, der in diesem Sechser-Set angesprochen wird, ist die Verweigerung. Dieser Begriff unterstreicht, dass Mündigkeit nicht nur an den Bedingungen ihrer Vermittlung scheitern kann, sondern auch an der Verweigerung der Subjekte, die Selbstbestimmung unter diesen Voraussetzungen gar nicht erst anstreben.

So, das war ein schneller Ritt durch die Paradoxien – ich habe das kurz gehalten, weil wir die meisten ja bereits angesprochen haben. Aber vielleicht sollten wir noch einmal einen kurzen Blick darauf richten, welche Konzepte von Mündigkeit sich hinter der Konsensformel verbergen. Was ist eigentlich strittig im Kontext von Mündigkeit, wenn wir von den Möglichkeiten ihrer Vermittlung einmal absehen? Eine Antwort auf diese Frage wird sichtbar, wenn wir uns die Frage stellen, wer eigentlich aus welchem Grund Mündigkeit benötigt.

Wer benötigt wozu eigentlich Mündigkeit?

Peter Henkenborg, ein wichtiger und leider viel zu früh verstorbener Politikdidaktiker, der lange in Dresden gelehrt hat, betont die Bedeutung von Mündigkeit für die Person. Danach ist

politische Mündigkeit „*das Persönlichkeitsideal einer demokratischen Gesellschaft*“ und umfasst die „*Befähigung zu Autonomie und Verantwortung*“ (Henkenborg 2002, 112). Es geht um Gestaltung des eigenen Lebens, *autonome* Partizipation in Politik und Gesellschaft, die Wahrnehmung von Pflichten und Rechten sowie die *kritische* Reflexion und das Durchschauen der Strukturen, in denen man lebt.

So gesehen *ermöglicht* ein an Mündigkeit orientierter Bildungsprozess den Lernenden, ihre *eigenen* Selbst- und Weltdeutungen zu *entwickeln* (vgl. Henkenborg 2002, 114). Diese beziehen sich sowohl auf in der Gesellschaft vorhandene Deutungsmuster als auch auf wissenschaftliche Deutungsansätze, die über diese Alltagskonzepte hinausgehen.



Ein anderer Ansatz, der hier von Joachim Detjen vorgetragen wird, versteht unter Mündigkeit zwar auch die Fähigkeit zu Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit. Mündigkeit entspreche „*einem Erfordernis des demokratischen Systems*“ und zugleich auch „*dem abendländischen Menschenbild*“ (Detjen 2007, 213). Jugendliche müssten lernen, „*intentional auf das Wohl des demokratischen Gemeinwesens bedacht zu sein sowie in politischen Dingen rational und nicht emotional zu urteilen und zu handeln*“ (Detjen 2007, 214). Eine solche funktionalistische Mündigkeitserziehung will vor allem den Staat stützen.

Zugespißt formuliert bedeutet das nämlich: Der:Die Bürger:in ist umso mündiger, je rationaler und je weniger eigeninteressenorientiert er:sie urteilt und handelt. Diese Interpretation von Mündigkeit zähmt die Interessen der Lernenden und ihr politisches Handeln, indem sie sie auf Gemeinwohl und Gemeinwesen verpflichtet. Gleichzeitig bleibt die Frage, was der Staat seinen mündigen Bürger:innen vorschreiben soll, aber umstritten. Zu Demokratien gehört das allgemeine Wahlrecht. Es unterstellt pauschal die politische Mündigkeit aller Bürger, politische Bildung fördert sie (vgl. Autorengruppe 2016, 13f.).

Mündigkeit, Rationalität und das Leid mit diesen Emotionen

Eine zweite Debatte, die sich in der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Mündigkeitsvorstellungen ergibt und die sich in dieser ersten Kontroverse schon andeutet, dreht sich um die Frage, welchen Stellenwert Emotionen im Kontext von Mündigkeit haben können oder haben sollten.

Nach der gängigen fachdidaktischen Vorstellung geht es im Kontext von Mündigkeit nämlich ausschließlich um die Rationalität von Urteilen, Entscheidungen und Handlungen. Politische Urteile sind dann besonders gut, wenn sie rational begründbar sind. Dabei ist mit Rationalität oft eine recht einseitige Vorstellung von kognitiver Zugänglichkeit verbunden. Emotionen und Gefühle gehören nicht zur Mündigkeit. Dabei zeigen Studien, dass Emotionen nicht das Gegenüber von Rationalität sind und für die Auseinandersetzung mit politischen Fragen geradezu unverzichtbar sind. Ungerechtigkeit wird in diesem Sinn leiblich empfunden und ohne emotionale Fundierung wäre eine Zuwendung oder Abwendung gegenüber bestimmten politischen Fragen oder Gegenständen gar nicht vorstellbar.

Um diesem Zusammenhang nachzugehen, haben wir ein eigenes Abendschulstück entwickelt, das Sie bei Interesse unbedingt ansehen und anhören sollten. Es heißt „*Politische Bildung mit Gefühl*“ und ist über unsere Internetseite oder unseren Youtube-Kanal bereits online zugänglich.

Ich denke, der Zusammenhang ist deutlich geworden. Es macht durchaus Sinn darüber nachzudenken, was genau wir unter Mündigkeit verstehen. Denn hinter der Vokabel *Mündigkeit* können sich durchaus recht unterschiedliche Vorstellungen verbergen. Von diesen Vorstellungen hängt dann auch ab, wie Bildungsprozesse gestaltet werden. Üben wir beispielsweise hauptsächlich Perspektivübernahmen oder stärken wir Eigensinnigkeit? Geht es im Kontext von Mündigkeit um die Einsicht der verschiedenen Notwendigkeiten gemeinsamen Zusammenlebens oder um Autonomie und Freiheit? Geht es um die Vermittlung von Grundlagenwissen oder um die Stärkung der Personen? Für Bildungsprozesse sind das durchaus relevante Entscheidungen.

Wir hier in der John-Dewey-Forschungsstelle werden den Streit um Mündigkeit in diesem Stück heute und hier nicht entscheiden können. Es ist vielleicht deutlich geworden, dass wir davon überzeugt sind, dass Mündigkeit sich nicht durch die Vermittlung von Faktenwissen erreichen lässt, aber auch wir glauben, dass Wissen zur Beurteilung politischer Zusammenhänge wichtig ist. Vielleicht haben Sie auch herausgehört, dass wir eher zu einem emanzipatorischen als zu einem funktionalistischen Konzept von Mündigkeit neigen, aber auch wir glauben, dass die Einsicht in gemeinsinnige Notwendigkeiten geübt werden muss. Wie auch immer Sie sich selbst zu den vorgestellten Fragen positionieren – wir wünschen uns nur eins: gehen Sie nicht naiv mit dem zentralen Begriff der Mündigkeit um. Klären Sie für sich

und ihren Arbeitskontext, was Sie in diesem Zusammenhang fördern möchten und finden Sie angemessene und attraktive Wege, um dieses Ziel dann auch zu verfolgen.

Literatur

Autorengruppe Fachdidaktik (2016): Was ist gute politische Bildung, Schwalbach

Besand, Anja/Overwien, Bernd/Zorn, Peter (Hrsg.) (2019): Politische Bildung mit Gefühl, Bonn

Besand, Anja (2020): Was Ambiguitätstoleranz (möglicherweise) nicht ist, in: Schnurr, Ansgar et al. (Hrsg.): Mehrdeutigkeit gestalten. Ambiguität und die Bildung demokratischer Haltungen in Kunst und Pädagogik, Bielefeld

Besand, Anja (2020): Über den Unterschied zwischen politischer Urteilsfähigkeit, Gehorsam und staatsbürgerlicher Souveränität, in: Drerup, Johannes/Schweiger, Gottfried (Hrsg.): Bildung und Erziehung im Ausnahmezustand. Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG), 2020 S. 42-54

Besand, Anja (2020): Kollaterales Lernen oder warum formale Bildungsprozesse immer auch informell sind, In: Bade, Gesine et al. (Hrsg.): Politische Bildung - vielfältig und kontrovers, Frankfurt, S. 53-67

Oelkers, Jürgen (2000): John Dewey - Demokratie und Erziehung, Weinheim

Sander, Wolfgang (2007): Politik entdecken - Freiheit leben, Schwalbach/ Ts.